

Familiengründung von Hochschulabsolventinnen. Eine empirische Untersuchung verschiedener Examenskohorten

Hildegard Schaeper, Michael Grotheer und Gesche Brandt

1 Einleitung

Dieser Aufsatz untersucht den Prozess der Familiengründung, d. h. der Geburt des ersten Kindes, von Hochschulabsolventinnen verschiedener Examensjahrgänge. Mit dem Fokus auf diese besondere Population wird einem Phänomen näher nachgegangen, das schon länger bekannt ist, aber erst in den letzten Jahren größere mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren hat: die rückläufige und niedrige Geburtenrate von Akademikerinnen.

Genaue Zahlen über den Anteil dauerhaft kinderloser Akademikerinnen lagen für Deutschland lange Zeit nicht vor – die auf Basis unterschiedlicher Datenbestände vorgenommenen Schätzungen für westdeutsche Hochschulabsolventinnen bewegten sich zwischen unter 25 Prozent (BZgA 2005; Schmitt und Winkelmann 2005) und etwa 40 Prozent (Duschek und Wirth 2005). In der Mikrozensus-erhebung des Jahres 2008 wurde erstmals die Zahl der tatsächlich geborenen Kinder erhoben, was eine genauere Aussage über die Kinderlosigkeit von Frauen als bisher ermöglicht (vgl. Dorbritz 2011; Pötzsch 2010). Schätzungen mit diesen Daten kommen zu dem Ergebnis, dass der Anteil Kinderloser bei Akademikerinnen mit 29,5 Prozent deutlich höher liegt als bei anderen Qualifikationsgruppen (19,5 Prozent). Auch deuten verschiedene empirische Analysen auf einen stärkeren Anstieg des Anteils kinderloser Akademikerinnen hin.

Dafür, dass diese Entwicklung hauptsächlich auf einer Zunahme gewünschter Kinderlosigkeit beruht, gibt es kaum Indizien. Zwar liegen Hinweise dafür vor, dass der Kinderwunsch insgesamt zurückgegangen ist (Dorbritz und Ruckdeschel, in diesem Band) und dass der Wunsch nach Kindern oft hinter andere Wünsche zurückgestellt wird (Passet 2011). Allerdings sind die Bildungsunterschiede bei der Frage des Kinderwunsches deutlich geringer als bei der realisierten Mutterschaft; Wunsch und Wirklichkeit klaffen bei hoch qualifizierten Frau-

en also besonders weit auseinander (Eckhard und Klein 2006; Eckhard und Klein 2012).

Zu der Frage, warum der Wunsch nach Kindern zunehmend seltener realisiert wird, findet sich in theoretischen Überlegungen wie auch empirischen Studien neben dem Befund, dass die häufigere Partnerlosigkeit bei höher gebildeten Frauen und mangelnde Betreuungsmöglichkeiten (besonders in den alten Bundesländern) ein Hindernis darstellen, auch immer wieder der Verweis auf die hohe Bedeutung der Erwerbsarbeitssphäre. War früher der Lebenslauf von Frauen vorwiegend um die Familie herum organisiert, gehören heute neben der Familie auch Arbeitsmarkt und Beruf zu den für weibliche Lebensläufe zentralen gesellschaftlichen Institutionen. Entscheidungen in dem einen Bereich werden nicht isoliert getroffen, sondern sind abhängig von Entwicklungen, Entscheidungen, Aspirationen und Strukturen in dem anderen Lebensbereich.

Dementsprechend konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf die Frage, inwieweit und wie Beruf und Arbeitsmarkt auf die Familiengründung von Hochschulabsolventinnen einwirken. Ausgehend von theoretischen Überlegungen, die in Abschnitt 2 dargelegt werden, wird diese Frage empirisch anhand der vom HIS-Institut für Hochschulforschung durchgeführten Absolventenstudien untersucht. Nähere Informationen zu diesen Datensätzen, die sechs Prüfungsjahrgänge (1989, 1993, 1997, 2001, 2005 und 2009) umfassen, zu den verwendeten statistischen Verfahren und Variablen finden sich in Abschnitt 3. In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse der empirischen Analysen in zwei Schritten präsentiert. Im ersten Schritt wird der Familienbildungsprozess aller in die Untersuchungsreihe einbezogenen Prüfungsjahrgänge beleuchtet, um so Entwicklungen über einen längeren Zeitraum verfolgen und den Einfluss der Beteiligung am Bildungssystem auf den Übergang in die Mutterschaft herausarbeiten zu können. Der zweite Schritt widmet sich der Detailanalyse des Zusammenhangs zwischen Berufsverlauf und Familiengründung; er beschränkt sich auf die Zeit nach Abschluss des ersten Studiums und – aufgrund der Datenlage – auf Hochschulabsolventinnen der Examenskohorten 1997, 2001 und 2005.

2 Theoretische Fundierung

2.1 Allgemeine lebenslauftheoretische Annahmen

Für die Untersuchung des Übergangs in die Mutterschaft wird eine lebenslauftheoretische Perspektive eingenommen, nach der biographisch relevantes, mit

Statusübergängen verbundenes Handeln wie jedes Handeln in den Lebenslauf eingebettet ist und einen mehrfachen zeitlichen Bezug aufweist: Es findet in der Gegenwart statt und wird durch den aktuellen Handlungskontext geprägt; es verweist auf die Vergangenheit, auf biographische Erfahrungen, akkumulierte Ressourcen, Entscheidungen und Bedingungen der vorausgegangenen Lebensgeschichte, die zu biographischen Festlegungen führen und das Handeln subjektiv motivieren („Weil-Motive“, Schütz 1971: 80); und es bezieht sich sowohl subjektiv („Um-zu-Motive“, ebenda) als auch objektiv (beabsichtigte und un intendierte Handlungsfolgen) auf die Zukunft. Der Vergangenheitsbezug lebensgeschichtlicher Ereignisse und biographischen Handelns, der mit der Bestimmung des Lebenslaufs als ein „selbstreferenzieller Prozess“ (Huinink 1995) bzw. „endogener Kausalzusammenhang“ (Mayer 1987) auf den Begriff gebracht wird, begründet die Berücksichtigung vergangener Ereignisse und Verläufe in den empirischen Analysen.

In einer diachronen Perspektive erscheint der Lebenslauf als eine Abfolge von Ereignissen oder als eine Sequenz von Zuständen bzw. Statuspassagen. Will man aber der Multidimensionalität von Lebensläufen (Huinink 1995), der synchronen Einbindung in mehrere Lebensbereiche Rechnung tragen, dann ist es – René Levy (1996: 73) folgend – angemessener, den Lebenslauf als einen Konfigurationsverlauf, d. h. als „Sequenz von Partizipations-, Positions- und Rollenkonfigurationen“ zu konzeptualisieren. Dabei ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklungen in verschiedenen Lebensbereichen wechselseitig beeinflussen (Huinink 1995: 154). So stellt sich die Familiengründung als ein Prozess dar, der mit dem Berufsverlauf, aber z. B. auch mit der Bildungsgeschichte und der Partnerschaftsentwicklung in einem Bedingungsverhältnis steht.

Der Lebenslauf ist weiterhin Teil eines gesellschaftlichen Mehrebenenprozesses (ebenda: 154 f.). Auf der Mikroebene sind die Akteure verortet, die vor dem Hintergrund ihrer individuellen, gleichwohl kollektiv geformten Aspirationen und Präferenzen sowie der gegebenen Opportunitäten und Restriktionen handeln. Dass dieses Handeln rational, also von Nutzen-Kosten-Erwägungen und dem Bemühen um Nutzenmaximierung geleitet ist, avancierte bei der Analyse und Erklärung des generativen Verhaltens zum dominanten Paradigma. Dieser Auffassung ist zum Teil vehement widersprochen worden (Burkart 1994, 2002), doch lässt sich aus den Ergebnissen anderer Untersuchungen (z. B. Schaeper und Kühn 2000) ableiten, dass dem rationalen Handlungsmodell durchaus ein gewisses, wenn auch eingeschränktes Erklärungspotenzial zukommt. Insbesondere bei Akademikerinnen, so eine empirische Studie zum Phänomen der späten ersten Mutterschaft (Herlyn, Krüger und

Heinzelmann 2002), ist davon auszugehen, dass die Familiengründung in höherem Maße Ergebnis eines bewussten Planungs-, Entscheidungs- und Abwägungsprozesses ist. In diesen Entscheidungsprozess gehen auf der einen Seite Überlegungen zu den Kosten eines Kindes ein: direkte ökonomische Kosten, psychische Kosten (Stress, emotionale Belastungen) und indirekte Kosten (Opportunitätskosten) der Kindererziehung, die sich aus dem entgangenen Nutzen einer alternativen Zeitverwendung, z. B. für Erwerbsarbeit, oder eines alternativen Konsums ergeben. Auf der anderen Seite, der Nutzenseite, stehen der – in modernen Gesellschaften fast bedeutungslose – Einkommens- und Versicherungsnutzen von Kindern, der soziale Nutzen (z. B. Statusgewinn, Anerkennung) und insbesondere der psychisch-emotionale Nutzen (persönliche Erfüllung, Bereicherung des Lebens, Zuneigung).

In ihrem Handeln beziehen sich Akteure auf ihr engeres soziales Umfeld, auf Partner und Partnerinnen, auf Peers, auf Mitglieder der Herkunftsfamilie. Das soziale Umfeld ist für den Lebenslauf nicht nur wegen der Frage der verfügbaren Ressourcen (z. B. Möglichkeit der Kinderbetreuung durch Mitglieder des familiären Netzwerkes) von Bedeutung, sondern auch wegen der dort vorherrschenden Normen und Werte sowie aufgrund der Notwendigkeit, den Lebenslauf mit den Lebensläufen, Lebensplänen und Lebenslagen relevanter Anderer abzustimmen („linked lives“). Akteure sind darüber hinaus in einen regionalen Handlungskontext eingebunden, der unterschiedliche Opportunitätsstrukturen (z. B. Arbeitsmarktchancen, Ausstattung mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten) und soziokulturelle Orientierungsmuster bereitstellt. Schließlich handeln Akteure unter den strukturellen und kulturellen Bedingungen der Gesamtgesellschaft, die über allgemeingültige Opportunitätsstrukturen, übergreifende Normen und Deutungsmuster sowie weithin verbindliche Institutionen wie Schule/Hochschule, Arbeitsmarkt/Beruf und Familie Lebensläufe in ihrem zeitlichen Ablauf und der Verbindung von Lebenssphären vorzeichnet.

2.2 Konkrete Annahmen zum Prozess der Familiengründung bei Hochschulabsolventinnen

Die skizzierte theoretische Orientierung impliziert ein anspruchsvolles empirisches Programm, das mit einer Sekundäranalyse von primär zu anderen Zwecken erhobenen Daten nicht annähernd abgedeckt werden kann. Die hier präsentierten empirischen Analysen werden deshalb viele der aufgeführten möglichen Einflussfaktoren nicht unmittelbar berücksichtigen können (z. B. die psycho-

sozialen Dispositionen der befragten Frauen, Merkmale des engeren sozialen Umfeldes, Partnerschaftsentwicklung), sondern sich auf die im Folgenden beschriebenen beschränken.

Die Auswirkungen des allgemeinen strukturellen und kulturellen Wandels auf das Timing der Familiengründung und das Ausmaß der Kinderlosigkeit können nur selten direkt untersucht werden. Approximiert werden diese gesamtgesellschaftlichen Phänomene in der Regel über das Geburtsjahr, für das vorliegende Untersuchungen einen deutlichen Effekt auf das Alter bei der Familiengründung belegen: Studien, die ein langes Zeitintervall abdecken, konnten zeigen, dass bei den zwischen Anfang und Mitte des 20. Jahrhunderts geborenen Frauen die Geburt des ersten Kindes zunächst immer früher erfolgte, dass in jüngeren Geburtskohorten aber der Übergang in die Mutterschaft zunehmend später realisiert wurde (Blossfeld und Rohwer 1995; Brüderl und Klein 1991; Klein und Lauterbach 1994). Danach wäre auch bei Hochschulabsolventinnen eine steigende Tendenz zum Aufschub der Familiengründung zu erwarten. Allerdings wird mit den in die Untersuchung einbezogenen Prüfungsjahrgängen nur ein relativ kurzer historischer Zeitraum abgedeckt. Darüber hinaus haben die zitierten Untersuchungen ergeben, dass je nach Modellspezifikation der Kohorteneffekt vollständig verschwindet, wenn der „Institutioneneffekt“ kontrolliert wird; die zunehmende Verschiebung des Zeitpunkts der Erstgeburt wäre dann ausschließlich auf die ansteigende Bildungsbeteiligung zurückzuführen (so Blossfeld und Rohwer 1995, anders Brüderl und Klein 1991). Aufgrund des kurzen historischen Beobachtungsfensters und der geringen Variabilität von Bildungsbeteiligung und Bildungsdauer in den untersuchten Examensjahrgängen ist deshalb auch die Erwartung geringer Kohortenunterschiede plausibel.

Alle Studien, die den Einfluss der Bildungsbeteiligung („Institutioneneffekt“) auf die Familiengründung untersuchen, belegen übereinstimmend, dass der Übergang in die Mutterschaft (und auch in die Vaterschaft (Tölke 2006)) sehr unwahrscheinlich ist, solange sich die Frauen (und Männer) in einer Ausbildung befinden (z. B. Blossfeld und Rohwer 1995; Brüderl und Klein 1991; Buhr et al. 2011; Hank 2003; Klein und Lauterbach 1994; Maul 2012; Schröder und Brüderl 2008). Für Studierende wurde ermittelt, dass sich seit dem Jahr 1991 der Anteil der Mütter und Väter auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau von sechs bis sieben Prozent bewegt (Middendorff 2008). Eine Familiengründung während einer Ausbildungsphase erscheint zum einen wegen mangelnder finanzieller Unabhängigkeit und fehlender materieller Mittel nicht opportun (direkte ökonomische Kosten; „Ressourcenproblem“ (Huinink 1995)). Zum anderen stehen in diesen biographischen Phasen, die zeitlich wenig dispo-

nibel sind und deshalb eine Konzentration auf die Bewältigung bildungsbiographischer Aufgaben erfordern, familienbezogene Fragen und Entscheidungen noch gar nicht auf der Agenda („Perspektivenproblem“ (Huinink 1995)). Sollten sie Eingang in den gedanklichen Horizont finden, dann stehen einer Familiengründung die damit verbundenen hohen Opportunitätskosten und konkurrierende Zeitanforderungen entgegen. Die zeitlichen Erfordernisse einer Ausbildung sind so hoch, dass sie sich nur schwer mit einer Familie vereinbaren lassen („Vereinbarkeitsproblem“ (ebenda)). Eine Verlängerung der Ausbildungsdauer¹ oder sogar ein Ausbildungsabbruch sind mögliche Folgen, die insbesondere Mütter zu tragen haben (Heublein et al. 2010; Middendorff 2008; Schaeper und Minks 1997). Ein Ausbildungsabbruch aber hat weit reichende negative Konsequenzen für die zukünftigen Einkommens- und Berufschancen und verursacht damit hohe indirekte Kosten.

Diese Aussagen gelten unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland, sodass für westdeutsche Studentinnen und Hochschulabsolventinnen sowie für ostdeutsche Studierende und Akademikerinnen jüngerer Examenskohorten eine deutlich reduzierte Geburtenneigung für die Zeit des Studiums zu erwarten ist. Diese Aussagen haben aber nicht unter allen gesellschaftlichen Umständen Bestand: So entschärften die sozial-, familien- und bildungspolitischen Regelungen der DDR das Ressourcen-, Vereinbarkeits- und Perspektivenproblem und schafften – so Johannes Huinink (2000: 216) – vielleicht sogar Anreize für eine frühzeitige Familiengründung. Gezielt auf die Förderung von Studentinnen mit Kindern gerichtet war in der DDR das Instrument des „individuellen Studienplans“ (ISP) oder der „individuellen Fördervereinbarung“, das Einzelkonsultationen mit Lehrenden, individuelle Prüfungszeit und Vorlesungsmitschriften durch Kommilitoninnen und Kommilitonen vorsah. An vielen Hochschulen existierten darüber hinaus niedrigschwellige und flexible Betreuungsangebote außerhalb der ohnehin umfassenden und kostengünstigen regulären Betreuungsmöglichkeiten, die im Rahmen des „rollenden Studenteneinsatzes“ – die Verpflichtung, insgesamt zwei Wochen im Jahr unentgeltlich in einer Einrichtung der Universität zu arbeiten – organisiert wurden. Schließlich waren auch aufgrund der geringen Lebenshaltungs- und Kinderbetreuungskosten, der günstigen Wohnraumversorgung sowie der materiellen Absicherung durch Stipendien, die durch einen Kinderzuschlag aufgestockt wurden (Leszczensky und Filaretow 1990), die finanziellen Belastungen durch ein Kind

1 Rund zwei Drittel der Studentinnen mit Kind und deutlich mehr als die Hälfte der Studenten mit Kind gaben im Jahr 2006 an, dass sich ihre Studienzeit aufgrund der Elternschaft verlängern wird (Middendorff 2008).

vernachlässigbar. Aus diesen Gründen ist zu erwarten, dass bei ostdeutschen Hochschulabsolventinnen älterer Prüfungsjahrgänge, die noch zu DDR-Zeiten oder kurz danach ihr Studium aufgenommen haben, der Institutioneneffekt deutlich geringer ausgeprägt ist als bei westdeutschen Akademikerinnen.

Vergleiche der Familiengründungsprozesse und Familienformen in Ost- und Westdeutschland machen deutlich, dass in vielen Bereichen zwar Angleichungsprozesse stattfinden, andererseits aber auch deutliche Unterschiede bestehen bleiben (Goldstein et al. 2010). Frauen aus Ostdeutschland werden sowohl zu höheren Anteilen als auch früher Mutter als Frauen aus Westdeutschland (Buhr et al. 2011). Angleichungsprozesse sind unter anderem in den Anteilen der Kinderlosen ohne Kinderwunsch und Vorstellungen über die ideale Familiengröße zu beobachten (ebenda:187). Deshalb ist für die jüngeren ostdeutschen Examenkohorten davon auszugehen, dass sich das Familiengründungsverhalten an das der westdeutschen hoch qualifizierten Frauen angleicht, gleichwohl weiterhin deutlich davon unterschieden ist. Die Hypothese der Konvergenz kann damit begründet werden, dass nach dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland in Ostdeutschland eine neue „Geschlechterordnung“ (Pfau-Effinger 1998) eingeführt, und ein neues institutionelles Umfeld für Lebenslaufentscheidungen geschaffen wurde, das sich eher durch eine „strukturelle Unvereinbarkeit“ (Dornseiff und Sackmann 2003) von Familie und Beruf bzw. durch eine nur sequenzielle Vereinbarkeit dieser beiden Sphären auszeichnet. Für die Hypothese der weiter bestehenden Differenz spricht die Persistenz einer spezifisch ostdeutschen „Geschlechterkultur“. Kennzeichnend für die Geschlechterkultur der DDR waren das Leitbild der „werk tätigen Hausfrau und Mutter“, das eine volle Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Beibehaltung ihrer traditionellen Zuständigkeit für den reproduktiven Bereich vorsah, eine kulturelle Konstruktion von Kindheit, die Kinderbetreuung und -erziehung als zum großen Teil öffentliche Aufgabe definierte, sowie das „Pendlermodell“ (Trappe 1995) der weiblichen Normalbiographie mit einer durchgängigen, nur durch kurze Familienphasen unterbrochenen Vollzeiterwerbstätigkeit. Infolge des Transfers der westdeutschen Geschlechterordnung entstand in Ostdeutschland ein „cultural lag“ – die Geschlechterkultur blieb zeitlich hinter der strukturellen Entwicklung zurück.² Vorliegenden Untersuchungen zufolge (z.B. Dornseiff und Sackmann 2003; Spellerberg 2005) wurde dieser „Rückstand“

2 Um Missverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, dass der Begriff des „cultural lag“ nicht im Sinne von Rückständigkeit zu verstehen ist. Soweit es die kulturellen Leitbilder zur Müttererwerbstätigkeit und Kinderbetreuung betrifft, ist in den neuen Ländern das Gegenteil der Fall.

auch mehr als zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht aufgeholt, und der bei Maul (2012) zitierten Literatur zufolge wirkt das „kulturelle Erbe“ der DDR auch weiterhin nach.

Auch für Westdeutschland kann nicht von einer Parallelität der kulturellen und sozialstrukturellen Entwicklung ausgegangen werden. Hier sind die Organisationen und Institutionen des Wohlfahrtsstaates, des Arbeitsmarktes und der Familie lange Zeit in deutlichem Maße und trotz aller familienpolitischen Maßnahmen auch heute noch hinter den modernisierten, auf Selbstständigkeit, Berufstätigkeit und eine doppelte Lebensführung gerichteten Frauenleitbildern zurückgeblieben (Born 2001; Pfau-Effinger 1998). Man könnte von einem „structural lag“ reden, allerdings nur mit Einschränkungen. Denn das Leitbild der Selbstständigen, gleichermaßen auf Beruf und Familie orientierten Frau steht in Konkurrenz mit dem Leitbild der „guten Mutter“, nach dem die Mutter zum Kind gehört – zumindest zum kleinen Kind –, und der kulturellen Konstruktion von Kindheit als privater und familienbezogener Lebensform (Oechsle 1998; Pfau-Effinger 1998). Damit entspräche der „strukturellen Unvereinbarkeit“ von Familie und Beruf eine „ideologische Unvereinbarkeit“ (Dornseiff und Sackmann 2003: 317). Das sich unter Umständen mehrfach wiederholende Drei-Phasen-Modell, das es erlaubt, sich während der Kleinkindphase am Leitbild der guten Mutter, davor und danach aber am Leitbild der Selbstständigen, berufstätigen Frau zu orientieren, gründete auf einem kulturellen Fundament.

Eigene Sonderauswertungen des ALLBUS hinsichtlich der Einstellungen zur Mütterterwerbstätigkeit³ zeigen allerdings, dass die These der „ideologischen Unvereinbarkeit“ schon Anfang der 1990er Jahre für höher gebildete westdeutsche Frauen nur in geringem Maße zutraf. Die Folgen sind ein größeres „structural lag“ und ein größeres „Vereinbarkeitsdilemma“, da für hoch qualifizierte Frauen mit hohen beruflichen Aspirationen die üblichen Vereinbarkeitsmodelle wie Berufsunterbrechung und Teilzeitarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen wenig mit den beruflichen Ambitionen kompatibel sind.

Nicht nur aufgrund dieses Vereinbarkeitsproblems ist zu erwarten, dass familiäre Entscheidungen so lange aufgeschoben werden, bis der zeitintensive, Flexibilität und Mobilität voraussetzende Prozess der beruflichen Etablierung und Konsolidierung abgeschlossen ist – ein Aufschub, der leicht zu ungewollter oder auch bewusster Kinderlosigkeit führen kann. Die Annahme, dass eine stabile und tragfähige berufliche Positionierung eine Voraussetzung für die

3 Analysiert wurden die Items „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“ und „Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert“.

Familiengründung hoch qualifizierter Frauen darstellt, lässt sich darüber hinaus mit zwei weiteren biographischen Problemen in Verbindung bringen: dem Ressourcenproblem, bei dem es um die gegenwärtige wie zukünftige materielle Absicherung lebenslauffrelevanter Entscheidungen geht (Huinink 1995: 186),⁴ und dem Perspektivenproblem (ebenda: 185), das die Klärung und Sicherheit biographischer Perspektiven betrifft. Demnach wäre zu erwarten, dass sich z. B. ein unbefristeter Arbeitsvertrag positiv auf die Neigung zur Familiengründung auswirkt. Die bisherigen empirischen Ergebnisse zu dieser Hypothese, die für bildungsheterogene Gruppen erzielt wurden, sind allerdings nicht eindeutig: Schmitt (2008) sowie Düntgen und Diewald (2008) konnten auf Basis von SOEP-Daten bei Frauen einen negativen Effekt der Befristung auf den Übergang in die erste Mutterschaft feststellen, während Kreyenfeld (2008) dieses Ergebnis nur für westdeutsche Frauen ermittelte. Den Analysen von Gebel und Giesecke (2009) zufolge spielt dagegen ein befristeter Arbeitsvertrag weder bei Frauen noch bei Männern eine Rolle und Brose (2008) kam in Bezug auf Frauen zu demselben Ergebnis.

Eine Unsicherheit bezüglich biographischer Perspektiven kann allerdings der „Value of children“-Theorie von Friedman, Hechter und Kanazawa (1994) zufolge auch den gegenteiligen Effekt haben: Um Perspektivensicherheit zu schaffen, könnten gerade Frauen, deren Aussichten auf eine stabile berufliche Karriere schlecht sind, früher und häufiger den Übergang in die Mutterschaft realisieren – ein Zusammenhang, der in familienökonomischen Theorieansätzen damit begründet wird, dass bei geringeren Karriereressourcen die mit einer Mutterschaft verbundenen Opportunitätskosten in Form von kurzfristigen Verdienstaussfällen und langfristigen Nachteilen für Beruf und soziale Sicherung sinken. Das Argument der Opportunitätskosten sowie der Unsicherheitsreduktion als Handlungsmotivation legt die Vermutung nahe, dass z. B. eine nicht ausbildungsadäquate berufliche Platzierung oder die Erfahrung beruflicher Abstiege die Familiengründung beschleunigen, Vollzeitwerbstätigkeit und eine hohe berufliche Position den Übergang in die Mutterschaft verzögern. Möglicherweise wirkt sich die biographische Perspektive aber je nach Qualifikationsniveau unterschiedlich aus. So stellte Kreyenfeld (2008) fest, dass eine als unsicher empfundene ökonomische Situation und Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit bei Frauen mit hohem Schulabschluss negative Effekte auf die Familiengründung haben, bei Frauen mit niedrigem Schulabschluss hingegen positive.

4 Die eine Familiengründung verzögernde Auswirkung dieses Ressourcenproblems zeigten u. a. Buhr et al. (2011) auf.

Familienbezogene und berufliche Orientierungen werden in quantitativen Analysen zumeist nicht direkt einbezogen, da sie nur selten vor Beginn des untersuchten Prozesses und noch seltener zu verschiedenen Zeitpunkten erhoben werden. Stattdessen können häufig nur grobe Indikatoren, von denen bekannt ist, dass sie mit den eigentlich interessierenden Phänomenen zusammenhängen, verwendet werden, so z. B. die soziale Herkunft (s.u.), die Konfessionszugehörigkeit, das Qualifikationsniveau⁵ oder die Fachrichtung. So ist aus vielen Untersuchungen bekannt (z. B. Heine et al. 2005), dass Studierende medizinischer und Lehramtsstudiengänge eine ausgeprägte soziale Orientierung bei geringen Karriereambitionen aufweisen, während in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften materialistische und Karriereorientierungen stark entwickelt sind. Gleichzeitig ist das Fachgebiet des abgeschlossenen Studiums mit unterschiedlichen Karrierechancen verbunden und in je spezifischer Weise mit dem Beschäftigungssystem verknüpft. Aufgrund dieser Überlegungen ist mit deutlich unterschiedlichen Familiengründungsraten von Absolventinnen verschiedener Fachrichtungen zu rechnen – Untersuchungen in anderen Ländern kamen sogar zu dem Schluss, dass die Fachrichtung das generative Verhalten besser erklärt als das Bildungsniveau (Neyer, Hoem und Andersson, in diesem Band). Die Richtung dieser Unterschiede lässt sich aufgrund der teilweise konkurrierenden theoretischen Argumente und der in einzelnen Fachrichtungen gegenläufigen Effekte von Orientierungen und Karriereressourcen allerdings nur schwer vorhersagen.

Die Ressourcenausstattung des Elternhauses mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital spielt für die berufliche Platzierung der Kinder nach wie vor eine nicht zu vernachlässigende Rolle, und zwar unabhängig vom erreichten Qualifikationsniveau. Auch bei Akademikerinnen und Akademikern konnte nicht nur ein indirekter, über die herkunftsspezifische Studienfach- und Hochschulwahl vermittelter, sondern auch ein eigenständiger Effekt der sozialen oder Bildungsherkunft auf den Berufserfolg nachgewiesen werden (Hemsing 2001; Willich 2003). Die Ressourcen der Eltern werden damit in einer Form auf die Kinder vererbt, die über das testamentarische oder gesetzliche Erbe hinausgeht, und vermehren die durch eigene Humankapitalinvestitionen erlangten Karriereressourcen der Nachkommen. Darüber hinaus prägt die soziale Position der Herkunftsfamilie auch berufliche Orientierungen, Aspirationen und Erwartungshaltungen. Aufgrund der höheren Karriereressourcen und -orientierungen

5 Huinink (2000: 219) spricht in diesem Zusammenhang vom „Niveaueffekt 2“ und grenzt ihn vom „Niveaueffekt 1“ ab, der den Einfluss des Bildungsniveaus auf die Familiengründung aufgrund der mit ihm verbundenen unterschiedlichen Karriereressourcen misst.

ist deshalb anzunehmen, dass eine hohe soziale Herkunft zu einem Aufschub der Familiengründung führt – eine Annahme, die in früheren Untersuchungen (z. B. Blossfeld und Rohwer 1995) durchaus bestätigt werden konnte.

Nun wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen, das Ressourcen-, Vereinbarkeits- und Perspektivenproblem zu mindern und dadurch u. a. die Geburtenrate zu erhöhen. So gibt es seit 2001 einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit während der Elternzeit. 2007 wurde das Elterngeld eingeführt, das im Gegensatz zum als einkommensabhängige Transferleistung gestalteten Erziehungsgeld als Einkommensersatzleistung konzipiert ist. Seit 2003 ist das Angebot an Ganztagschulen erheblich ausgebaut worden (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Und nachdem schon seit 1996 ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, tritt 2013 der – allerdings nicht rechtzeitig einlösbare – Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Kraft. Aktuelle Makroanalysen zufolge haben derartige Maßnahmen durchaus einen positiven Einfluss auf das generative Verhalten (Überblick BMFSFJ 2012; Bujard 2011, 2012).⁶ Allerdings zeigt sich die Wirkung nicht kurzfristig und kann auch ein oder zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen (Bujard 2011: 37), so dass für die hier betrachteten Absolventinnenkohorten noch keine Effekte zu erwarten sind. Laut dem „Monitor Familienleben 2011“ (IfD-Allensbach 2011) sieht auch nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

3 Empirische Grundlagen und Verfahren

3.1 Daten

Die Analysen des Familiengründungsprozesses von Hochschulabsolventinnen basieren auf den als Panel angelegten Absolventenstudien, die das Institut für Hochschulforschung des HIS Hochschul-Information-Systems (HIS-HF) mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchführt. Die HIS-HF Absolventenbefragungen decken das gesamte Fächerspektrum ab und beziehen mit Ausnahme der Hochschulen der Bundeswehr, der

6 Ein neuer Forschungsüberblick über Mikrostudien zu diesem Thema kommt allerdings zu einer vorsichtigeren Einschätzung und hält fest, dass die Evidenz für Zusammenhänge zwischen familienpolitischen Maßnahmen und Fertilitätsentscheidungen für den deutschsprachigen Raum eher gering ist, dass aber einige Maßnahmen zumindest für einige Gruppen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, sich für Kinder zu entscheiden (Spieß 2012).

Verwaltungsfachhochschulen und der Hochschulen, die ausschließlich Fernstudiengänge anbieten, alle staatlichen und staatlich anerkannten privaten Hochschulen ein.

Die Untersuchungsreihe erstreckt sich bislang auf sechs Abschlusskohorten mit bis zu drei Befragungswellen. Für den Prüfungsjahrgang 1989 (Abschluss im Wintersemester 1988/1989 oder im Sommersemester 1989 an einer Hochschule des früheren Bundesgebietes) liegen Daten von 2.898 Frauen über einen Zeitraum von im Mittel 42 Monaten nach Studienabschluss vor; bei der Befragung der Abschlusskohorte 1993, in die erstmals die neuen Länder einbezogen wurden, konnten 2.617 Frauen über einen Zeitraum von durchschnittlich 66 Monaten nach dem Examen beobachtet werden; das Beobachtungsfenster der 2.739 befragten Hochschulabsolventinnen des Examensjahrgangs 1997 und der 3.307 bzw. 3.828 befragten Hochschulabsolventinnen des Prüfungsjahrgangs 2001 bzw. 2005 erstreckt sich auf durchschnittlich 70 Monate nach dem Hochschulabschluss; in der ersten und bislang einzigen Befragung der Abschlusskohorte 2009 wurden neben den Absolventinnen traditioneller Studiengänge (3.418 Hochschulabsolventinnen) auch die Absolventinnen von Bachelorstudiengängen (2.980 Hochschulabsolventinnen) befragt. Die Befragung der Hochschulabsolventinnen des Prüfungsjahrgangs 2009 fand im Mittel 14 Monate nach dem Examen statt, sodass für diesen Zeitraum Angaben zu den Familien- und Berufsverläufen vorliegen.

3.2 Vorgehen und Methode

Für einen deskriptiven Überblick über den interessierenden Prozess wurden die Survivalfunktionen für alle Prüfungsjahrgänge nach der Kaplan-Meier-Methode (Produkt-Limit-Verfahren) geschätzt. Die multivariaten Analysen, in denen je nach Perspektive einzelne Abschlusskohorten unberücksichtigt bleiben mussten, bedienen sich ereignisanalytischer Verfahren. Geschätzt wurden Exponentialmodelle, die von einer konstanten Rate über die Zeit ausgehen. Diese Annahme ist in den vorliegenden Anwendungen zwar unrealistisch – die Familiengründung ist eindeutig altersabhängig –, doch wird der Zeitabhängigkeit der zu analysierenden Prozesse durch den Einbezug zahlreicher Kovariaten (u. a. Alter, Verbleib im Bildungssystem) Rechnung getragen. Für die alten und neuen Länder wurden zunächst getrennte Modelle geschätzt, um anschließend in einem gemeinsamen Modell den Ost-West-Effekt zu testen. Allen hier präsentierten Ergebnissen sind umfängliche Überprüfungen von theoretisch denkbaren Inter-

aktionseffekten vorausgegangen. Zugunsten von sparsamen und einfachen Modellen werden diese aber nur dann berichtet, wenn sie sich als signifikant erwiesen haben.

Da es sich bei den HIS-HF Absolventenbefragungen zum Teil um disproportional geschichtete Stichproben handelt, wurden die Analysen zum Familiengründungsprozess und zur Dauer der Erwerbsunterbrechung von Akademikerinnen unter Verwendung von Stichprobengewichten mit dem Statistikprogramm Stata durchgeführt.

3.3 Modellspezifikation

Wie eingangs erwähnt werden bei der Analyse des Familiengründungsprozesses von Hochschulabsolventinnen zwei Perspektiven eingenommen, die auf unterschiedliche Zeitfenster und Fragestellungen fokussieren.

Der erste Analysestrang betrachtet alle Examenskohorten und untersucht den Übergang in die Mutterschaft ab dem Zeitpunkt, zu dem die Frauen 14 Jahre alt sind. Prozesszeit ist also das Alter. Wegen ihrer besonderen Biographie blieben Absolventinnen älterer Geburtsjahrgänge (im Westen: Jahrgänge vor 1960, im Osten: Jahrgänge vor 1965) sowie Befragte, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, unberücksichtigt. Das Sample für die Survivalanalysen umfasst nach diesen Selektionen 16.233 westdeutsche und 3.835 ostdeutsche Frauen. In die multivariaten Modelle wurden folgende Variablen aufgenommen:

Examenskohorte mit dem Jahrgang 1993 als Referenzkategorie: Die Examenskohorten sind größtenteils mit bestimmten Geburtskohorten identisch: Die Frauen des Prüfungsjahrgangs 1989 wurden weit überwiegend in den Jahren 1960 bis 1964 geboren, die Absolventinnen des Abschlussjahres 1993 hauptsächlich in den Jahren 1965 bis 1969. Die folgenden Examensjahrgänge ab 1997 und 2001 sind hingegen etwas weniger altershomogen. Der Examensjahrgang von 2009 umfasst des Weiteren auch Absolventinnen reformierter Studiengänge, die aufgrund der kürzeren Studiendauer im Bachelorstudium bei ihrem Erstabschluss im Durchschnitt zwei Jahre jünger sind als die Absolventinnen traditioneller Studiengänge. Die Ergebnisse für Absolventinnen traditioneller Studiengänge und Bachelorabsolventinnen des Prüfungsjahrgangs 2009 werden aus noch zu erläuternden Gründen nur in den Survivalanalysen ausgewiesen.

Einbindung in das Bildungssystem: Für die Schätzung des Institutionen- oder Bildungsbeteiligungseffekts wurden zwei Merkmale berücksichtigt: Zum

einen die jährlich angepasste, zeitveränderliche Variable „im Erststudium“, die den Wert 1 annimmt, solange sich die Befragten in ihrem ersten Studium befinden, und nach Abschluss des Studiums mit dem Wert 0 kodiert ist; zum anderen die ebenfalls jährlich angepasste, zeitveränderliche Variable ‚in einer weiteren Bildungsphase‘ (nach Studienabschluss), in der – weil die Effekte sich nicht unterscheiden – Promotionszeiten, zweite Ausbildungsphasen (Referendariat, Ärztin im Praktikum, Anerkennungsjahr u.Ä.) sowie Zweitstudien zusammengefasst sind. Zusätzlich wurden Interaktionen zwischen der Variablen „im Erststudium“ und weiteren Merkmalen aufgenommen, die sich als signifikant erwiesen und zu weiterführenden Einsichten verhelfen.

Fach des abgeschlossenen Erststudiums und Abschlussart: Bei der Abschlussart werden universitäre Abschlüsse den Fachhochschulabschlüssen (Referenzkategorie) gegenübergestellt; bei den Studienfächern lassen sich drei Gruppen differenzieren: (1) Sozialwesen (FH), Lehramts- und humanmedizinische Studiengänge, (2) Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie (3) alle übrigen Fächer (Referenzkategorie). Diese Unterscheidung wurde aufgrund der Resultate differenzierter Analysen mit einer feineren Fächergliederung vorgenommen, die signifikante Unterschiede zwischen den Studienfächern der drei Gruppen, aber keine signifikanten Unterschiede zwischen den Studienfächern innerhalb der Aggregate ergaben.

Bildungsherkunft, die als Bildungsabschluss des statushöheren Elternteils definiert wurde: Da abgesehen von der Frage, ob die Eltern ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, nicht für alle Kohorten Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss der Eltern erhoben wurden, können ansonsten nur schulische Abschlüsse berücksichtigt werden. Die Bildung der Eltern wird durch drei Dummy-Variablen repräsentiert: Hauptschulabschluss/kein Abschluss (Referenzkategorie), mittlere Reife/Hochschulreife und Hochschulabschluss.

Regionale Herkunft, die über das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung definiert wurde und den Frauen aus den alten Ländern (Referenzkategorie) die Absolventinnen aus den neuen Ländern gegenüberstellt.

Alter: Zur Kontrolle der bekannten nicht-monotonen, glockenförmigen Altersabhängigkeit der Erstgeburtsrate wurden zwei zeitveränderliche Altersvariablen der Form $\ln(\text{aktuelles Alter} - 13)$ und $\ln(45 - \text{aktuelles Alter})$ einbezogen. Gegenüber einem linearen und quadrierten Altersterm, mit denen ebenfalls der glockenförmige Verlauf der Hazardrate modelliert werden kann, hat diese Parametrisierung den Vorteil, bei gleicher Anzahl zu schätzender Parameter weniger Annahmen über den Verlauf der Rate zu machen (Symmetrieannahme im Falle eines linearen und negativen quadrierten Altersterms).

Noch weniger Restriktionen erlegen Modelle mit periodenspezifischen Konstanten (PCE-Modelle) auf. Allerdings wird dieser Vorteil mit einer geringeren Sparsamkeit erkauft, und Schätzungen von PCE-Modellen bestätigen den glockenförmigen Verlauf der Baseline-Hazardrate.

Für die Berücksichtigung zeitveränderlicher Kovariaten wurde das Verfahren des Episodensplittings angewandt. Die Altersvariablen wurden jährlich angepasst. Da die klassischen Verfahren der Ereignisanalyse wie Cox- und Exponentialmodelle für stetige Zeitachsen formuliert sind, die Prozesszeit hier aber aufgrund der Ungenauigkeit der erhobenen Daten nur in Jahresintervalle eingeteilt werden kann, wurden zur Kontrolle zusätzliche zeitdiskrete Ratenmodelle geschätzt. Die Ergebnisse dieser Auswertungen gaben allerdings keinen Anlass, von dem Exponentialmodell Abstand zu nehmen. Eine lediglich in Jahresintervallen gemessene Prozesszeit kann jedoch in den rechtszensierten Befragungsjahren zu einer Unterschätzung der Ereignisse führen. Daher werden die Modelle des ersten Analysestranges nur für die Jahrgänge 1993, 1997, 2001 und 2005 geschätzt, deren Beobachtungsfenster ähnlich groß ist (Fallzahl: 9.074 westdeutsche und 2.284 ostdeutsche Befragte mit Angaben zu allen Variablen).

Der zweite Analysestrang betrachtet Hochschulabsolventinnen der Prüfungsjahre 1997, 2001 und 2005, die bis zum Examenszeitpunkt noch kein Kind bekommen haben und nach 1960 bzw. – bei ostdeutschen Frauen – nach 1965 geboren wurden (Fallzahl: 6.470 westdeutsche und 1.866 ostdeutsche Befragte mit Angaben zu allen Variablen). Untersucht wird hier der Übergang in die Mutterschaft nach dem Examen, insbesondere in Abhängigkeit von Berufsverlauf und beruflicher Situation. Die Prozesszeit beginnt hier also mit dem Hochschulabschluss und wird auf Monatsbasis erfasst. Die Kohorte 2009 wurde nicht in die Analysen einbezogen, da das Beobachtungsfenster mit 14 Monaten zu kurz ist, um den Einfluss von Berufsverlauf und Erwerbssituation sinnvoll untersuchen zu können. Berufseinstiege von Hochschulabsolventinnen und –absolventen bestimmter Fachrichtungen erfolgen erst in mittelfristiger Perspektive (Grotheer 2010). Des Weiteren finden Berufseinstiege im Zuge der Studienstrukturreform für einen Großteil der Erstabsolventinnen von 2009 (Bachelorabschlüsse) erst nach Abschluss eines weiterführenden Studiums statt.

Berufsverlauf und berufliche Situation sind durch folgende Merkmale repräsentiert:

Nichterwerbstätigkeit, die – zeitveränderlich – mit Erwerbstätigkeit (Referenzkategorie) kontrastiert wird und verschiedene Ausprägungen annimmt: (1) Phasen einer weiteren Qualifizierung (zweite Ausbildungsphasen, Promotion, Zweitstudium), (2) Phasen der Nichterwerbstätigkeit vor Aufnahme der ersten

Erwerbstätigkeit bzw. Bildungsaktivität (Übergangsphase), (3) sonstige Phasen der Nichterwerbstätigkeit, die maximal drei Monate dauern (kurze Unterbrechung) und (4) sonstige Phasen der Nichterwerbstätigkeit mit einer Länge von mehr als drei Monaten (längere Unterbrechung). Frauen, die gleichzeitig erwerbstätig sind und sich in einer Bildungsphase befinden, gelten in dieser Zeit als nicht erwerbstätig; als nicht erwerbstätig wurden darüber hinaus auch diejenigen klassifiziert, die in einem Ausbildungsverhältnis (Lehre, Praktikum) stehen.

Nicht adäquater Berufseinstieg (zeitkonstante Variable „Negativstart“), der dann vorliegt, wenn die berufliche Position der ersten Stelle eindeutig unter dem Qualifikationsniveau liegt (mithelfende Familienangehörige, un- und angelernte sowie Facharbeiterinnen, Beamtinnen im einfachen und mittleren Dienst, ausführende Angestellte).

Zeitdauer zwischen Examen und dem ersten unbefristeten Arbeitsverhältnis (zeitkonstante Variable „unbefristeter Vertrag“), bei der vier Ausprägungen unterschieden werden: (1) im gesamten Beobachtungszeitraum kein unbefristeter Vertrag (Referenzkategorie), (2) unbefristeter Vertrag in den ersten zwölf Monaten nach Studienabschluss, (3) unbefristeter Vertrag frühestens im zweiten oder dritten Jahr nach Examen und (4) erster unbefristeter Vertrag später.⁷

Selbstständige Erwerbstätigkeit (zeitkonstant) mit zwei Ausprägungen: niemals selbstständig erwerbstätig gewesen (Referenzkategorie), mindestens eine Selbstständige Tätigkeit.⁸

Vollzeiterwerbstätigkeit (zeitveränderlich) mit Teilzeitarbeit als Referenzkategorie.

Karriereverlauf (zeitveränderlich), bei dem laterale Verläufe (Referenzkategorie), Aufwärtsmobilität, Abwärtsmobilität sowie diskontinuierliche

7 Bei der Vertragsform selbst handelt es sich um ein zeitveränderliches Merkmal, das zur Beschreibung der jeweils aktuellen beruflichen Situation herangezogen werden kann. In der hier verwendeten Kombination mit der Dauer bis zum erstmaligen Erreichen eines unbefristeten Arbeitsvertrages werden hingegen zeitkonstante Dummies generiert. Diese repräsentieren nicht nur die jeweils aktuelle Vertragsform eines Arbeitsverhältnisses, sondern beschreiben sowohl die Sicherheit als auch die Unsicherheit der beruflichen Perspektiven einer Person über einen längeren Zeitraum des Berufsverlaufs.

8 Selbstständige Erwerbstätigkeit (ohne Werk- und Honorarverträge) gehört zu den Arbeitsverhältnissen, die – zumindest in der Anfangsphase – mit einer gewissen biographischen Unsicherheit und in aller Regel mit einer hohen zeitlichen Belastung einhergehen. Es ist davon auszugehen, dass sich diese zeitliche Belastung auch auf Vorbereitungsphasen oder Unterbrechungen der Selbstständigkeit bezieht. Daher wird die Selbstständigkeit nicht als zeitveränderliche Größe anhand des jeweils aktuellen Status definiert, sondern als zeitkonstantes Merkmal einbezogen, das beschreibt, ob die Person im Beobachtungszeitraum schon einmal eine Selbstständigkeit ausgeübt hat.

Verläufe unterschieden wurden. Für die Rekonstruktion des Karriereverlaufs wurden die eingenommenen beruflichen Stellungen in die folgende Rangordnung gebracht:

- Stufe 1: mithelfende Familienangehörige, un- und angelernte Arbeiterinnen;
- Stufe 2: Facharbeiterinnen, Beamtinnen im einfachen/mittleren Dienst, ausführende Angestellte;
- Stufe 3: qualifizierte Angestellte, Selbstständige mit Honorar-/Werkvertrag;
- Stufe 4: wissenschaftlich qualifizierte Angestellte ohne Leitungsfunktion, Beamtinnen im gehobenen Dienst;
- Stufe 5: wissenschaftlich qualifizierte Angestellte mit mittlerer Leitungsfunktion, Selbstständige in freien Berufen, Beamtinnen im höheren Dienst;
- Stufe 6: leitende Angestellte, Selbstständige Unternehmerinnen.

Als Auf- bzw. Abstieg wurde definiert, wenn bei einem Stellungswechsel eine höhere bzw. niedrigere Position als zuvor eingenommen wird. Nicht als Aufstieg jedoch gilt das erstmalige Erreichen einer höheren Position nach einem nicht adäquaten Berufsstart. Die zeitveränderlichen Dummy-Variablen behalten den Wert 1, wenn nach dem ersten Aufstieg (Abstieg) ein weiterer Aufstieg (Abstieg) erfolgt oder sich die berufliche Position nicht mehr ändert. Wird nach einem Abstieg eine höhere Stufe der Karriereleiter erreicht oder folgt umgekehrt einem Aufstieg ein Abstieg, so gilt die Karriere ab diesem Zeitpunkt als wechselhaft; die Variablen ‚Auf-/Abstieg‘ (Aufstieg gefolgt von einem Abstieg) bzw. ‚Ab-/Aufstieg‘ (Aufstieg nach einem Abstieg) werden ab dann unabhängig von dem weiteren Karriereverlauf mit dem Wert 1 kodiert. Laterale Verläufe weisen demzufolge nur solche Frauen auf, die in ihrer bisherigen Erwerbsgeschichte weder Auf- noch Abstiege erfahren haben.

Berufliche Position (zeitveränderlich): Aufgrund der Ergebnisse von Schätzungen mit der vielstufigen Skala beruflicher Stellungen wurden im Interesse einer übersichtlichen Ergebnisdarstellung nur zwei Positionen unterschieden: die extremen Hierarchiestufen 1, 2 und 6 (Referenzkategorie) sowie die mittleren Ränge der Karriereleiter 3, 4 und 5 (vgl. die oben aufgeführte Liste der Karrierestufen).

Region der Erwerbstätigkeit (zeitveränderlich) als Merkmal des regionalen Kontextes mit der Unterscheidung alte Länder (Referenzkategorie), neue Länder und Ausland.

Erwerbserfahrung: Diese musste als inhaltlich nicht weiter interessierende Kontrollvariable eingeführt werden, da bei allen zeitkonstanten Merkmalen der Erwerbsgeschichte sicherzustellen war, dass die Referenzkategorie nur aus Frauen gebildet wird, die im Beobachtungszeitraum mindestens einmal erwerbstätig geworden waren.

Examenskohorte, Fachrichtung und Art des Studienabschlusses, Bildungsherkunft, Alter und regionale Herkunft: Mit Ausnahme des Alters (aufgrund der geringen Altersstreuung konnte der zweite logarithmierte Altersterm $\ln(45 - \text{aktuelles Alter})$ nicht in die Schätzmodelle für ostdeutsche Absolventinnen aufgenommen werden) wurden diese Merkmale wie oben dargestellt berücksichtigt.

Alle zeitveränderlich konstruierten Merkmale des Berufs- und Tätigkeitsverlaufs wurden auf monatlicher Basis angepasst. Da bei der Untersuchung des Übergangs in die Mutterschaft auf den Entscheidungszeitpunkt abgestellt werden sollte, wurde nicht die aktuelle berufliche Situation betrachtet, sondern diejenige neun Monate zuvor.

4 Empirische Befunde zur Familiengründung von Hochschulabsolventinnen

4.1 Familiengründung im Kohortenvergleich

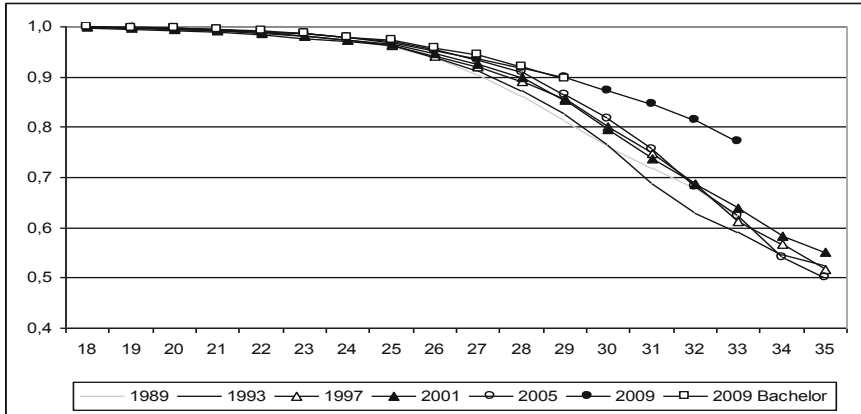
Die graphische Darstellung der Survivalfunktionen, die für verschiedene Examenskohorten die Wahrscheinlichkeit angeben, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Familiengründung nicht realisiert (im Zustand der Kinderlosigkeit „überlebt“) zu haben, zeigt für westdeutsche Akademikerinnen relativ geringe, doch ab dem Examensjahrgang 1997 signifikante Kohortenunterschiede (Abbildung 1). Von den ‚schnellsten‘ Kohorten, den Prüfungsjahrgängen 1989 und 1993, für die sich die Survivalfunktionen nicht signifikant unterscheiden, haben im Alter von 30 Jahren fast 25 Prozent und im Alter von 32 Jahren fast 40 Prozent (Jahrgang 1993) den Schritt in die Mutterschaft getan. In den nachfolgenden Abschlusskohorten wird die Familiengründung zunehmend aufgeschoben. In den Examensjahrgängen 1997, 2001 und 2005 haben im Alter von 30 Jahren nur noch etwa 20 Prozent und im Alter von 32 Jahren nur etwas mehr als 30 Prozent der Frauen ein Kind bekommen (die Unterschiede gegenüber der Kohorte 1993 sind mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 0,05 signifikant). Besonders ins Auge sticht die stark verzögerte Familiengründung derjenigen westdeutschen Absolventinnen traditioneller Studiengänge, die im

Jahre 2009 ihren ersten Hochschulabschluss erreicht haben: Im Alter von 32 Jahren sind schätzungsweise noch 80 Prozent von ihnen kinderlos. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Unterschiede verringern, wenn für die Abschlusskohorte 2009 ein ähnlich großer Beobachtungszeitraum zur Verfügung steht wie für die älteren Jahrgänge.⁹ Unterschiede zwischen westdeutschen Absolventinnen traditioneller und reformierter Studiengänge sind im Jahrgang 2009 trotz der Tatsache, dass der Großteil der Frauen nach dem Bachelorabschluss ein weiteres Studium aufnimmt, nicht zu beobachten.

Bei Hochschulabsolventinnen aus den neuen Bundesländern ist der Trend zum Aufschub der Familiengründung stärker ausgeprägt als bei westdeutschen Akademikerinnen (Abbildung 2). Lediglich die Unterschiede zwischen den Kohorten 2001 und 2005 sind nicht signifikant. Daraus folgt, dass sich, wie vermutet, die Erstgeburtsraten zwischen Ost und West angenähert haben. Auffällig sind die Veränderungen zwischen den Abschlusskohorten 1993 und 1997: Die Wahrscheinlichkeit, bis zum Alter von 27 Jahren das erste Kind bekommen zu haben, ist zwischen diesen Prüfungsjahrgängen von über 30 Prozent auf 20 Prozent gesunken. Zwischen den Examenskohorten 1997 und 2001 ist eine Reduzierung um weitere sechs Prozentpunkte zu beobachten. Die Ost-West-Unterschiede der Survivalkurven sind aber trotz der Annäherung im Kohortenvergleich für alle Kohorten hoch signifikant. Für die Bachelorabsolventinnen des Prüfungsjahrgangs 2009 in den neuen Bundesländern, die noch häufiger als jene in den alten Bundesländern ein weiteres Studium aufnehmen, spielt die Familiengründung innerhalb des Beobachtungszeitraums eine nur sehr geringe Rolle.

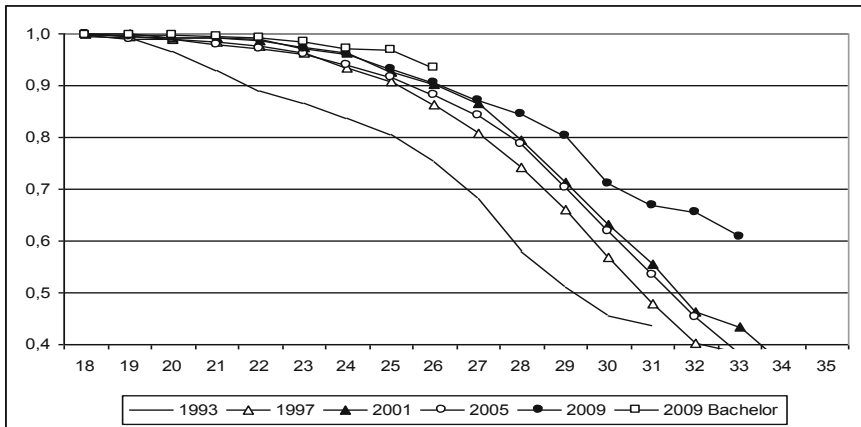
9 Aufgrund der ungenauen Prozesszeit – das Alter wurde lediglich in Jahresintervallen erhoben – werden Ereignisse im aktuellen Lebensjahr der Frauen zum Zeitpunkt der Befragung (in rechtszensierten Lebensjahren) unterschätzt. Die Zweitbefragungen haben gezeigt, dass in den Altersjahren, die zum Zeitpunkt der ersten Befragung rechtszensiert sind, eine Reihe weiterer Ereignisse (Geburten) stattfindet. Da für die Kohorte 2009 bisher aber nur die erste Befragung vorliegt, werden die frühen Ereignisse in dieser Kohorte unterschätzt (etwa ein Drittel aller Absolventinnen der Kohorte 2009 ist zum Zeitpunkt der ersten Befragung nicht älter als 25 Jahre). Ähnliches gilt – wenngleich in geringerem Ausmaß – auch für die Kohorte 1989, bei der das Beobachtungsfenster mit durchschnittlich dreieinhalb Jahren deutlich kürzer ist als bei den übrigen Kohorten mit etwa fünf Jahren. Hinzu kommt, dass im Beobachtungszeitraum der zweiten Welle die Zahl der Geburten stark zunimmt. Das bedeutet, dass Frauen, die zum Zeitpunkt der ersten Befragung ein Jahr nach Studienabschluss z. B. 30 Jahre alt sind, bisher weniger Kinder bekommen haben als Frauen, die zum Zeitpunkt der zweiten Befragung fünf Jahre nach Studienabschluss 30 Jahre alt sind. Aufgrund dieser Datenartefakte werden die Kohorten 1989 und 2009 von der multivariaten Schätzung ausgeschlossen.

Abbildung 1: Der Übergang westdeutscher Hochschulabsolventinnen in die Mutterschaft nach Examenskohorte (Produkt-Limit-Schätzung der Survivalfunktionen)



Quelle: HIS-HF Absolventenbefragungen 1989-2009

Abbildung 2: Der Übergang ostdeutscher Hochschulabsolventinnen in die Mutterschaft nach Examenskohorte (Produkt-Limit-Schätzung der Survivalfunktionen)



Quelle: HIS-HF Absolventenbefragungen 1993-2009

Im multivariaten Modell (Tabelle 1, Modell I) zeigen sich für westdeutsche Absolventinnen die Kohortenunterschiede in ähnlicher Weise wie in den Survivalkurven (nur der Unterschied zwischen dem 1993er und dem 1997er Jahrgang ist nicht signifikant). Die bemerkenswerten Differenzen zwischen den ostdeutschen Absolventinnen des Prüfungsjahrgangs 1993 und der späteren Kohorten verschwinden aber (Tabelle 1, Modell II). Dieses Ergebnis ist auf die je nach Examenskohorte unterschiedliche Wirkung des Studiums zurückzuführen. Während im Westen dieser Institutioneneffekt hoch signifikant ist und das erwartete Vorzeichen aufweist – im Studium ist die Neigung zur Familiengründung deutlich reduziert –, trifft dieses im Osten nur für jüngere Absolventinnenkohorten zu. Wie dem stark positiven Interaktionseffekt „im Erststudium \times Examenskohorte 1993“ zu entnehmen ist, spielt der Institutioneneffekt bei der Examenskohorte 1993, die ihr Studium überwiegend zu DDR-Zeiten begonnen hat, keine Rolle. Der zweite, für das Absolvieren einer weiteren Bildungsphase nach Abschluss des Erststudiums geschätzte Institutioneneffekt weist für alle Akademikerinnen aus den neuen Ländern das erwartete negative Vorzeichen auf, ist aber schwächer als im Westen ausgeprägt.

Erwartungsgemäß weisen Absolventinnen verschiedener Studiengänge zum Teil deutlich unterschiedliche Familiengründungsraten auf. Absolventinnen aus den alten wie den neuen Ländern, die einen Lehramts- oder humanmedizinischen Studiengang bzw. ein sozialpädagogisches Fachhochschulstudium abgeschlossen haben, neigen zu einer deutlich früheren Familiengründung als Absolventinnen anderer Fächer. Dieses Ergebnis, das in ähnlicher Weise auch auf Basis anderer Datensätze für Deutschland (Maul 2012) sowie andere Länder (zusammenfassender Überblick bei Maul 2012; s. auch Hoem, Neyer und Andersson, in diesem Band) gefunden wurde, hat auch dann Bestand, wenn der die Geburt eines Kindes verzögernde Effekt der Beteiligung an einer weiteren Ausbildungsphase nicht kontrolliert wird.

Ebenso erwartungsgemäß weisen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen eine signifikant niedrigere Übergangsrate auf. Die geringere Bereitschaft zur Familiengründung dieser Absolventinnen ist allerdings unter westdeutschen Akademikerinnen – das lässt sich an dem negativen und signifikanten Interaktionseffekt „im Erststudium \times Rechts-/Wirtschaftswissenschaften“ ablesen – nur für die Zeit des Erststudiums zu verzeichnen. Nach Studienabschluss bekommen westdeutsche Juristinnen und Ökonominen ihr erstes Kind kaum später als Absolventinnen derjenigen Studiengänge, die in der Referenzkategorie zusammengefasst sind; der Unterschied zu den sozialen Fächern ist aber nach wie vor signifikant. Bei ostdeutschen Rechts- und Wirtschaftswissen-

schaftlerinnen lassen sich hingegen noch während des Erststudiums etwas höhere und nach dem Studium signifikant niedrigere Übergangsraten beobachten. Auch hier sind die Familiengründungsraten gegenüber den sozialen Fächern deutlich niedriger.

Tabelle 1: Der Übergang zur ersten Mutterschaft von Hochschulabsolventinnen im Kohortenvergleich (Exponential-Ratenmodelle)

	alte Länder Modell I	neue Länder Modell II	insgesamt	
			Modell III	Modell IV
Examenskohorte (<i>Ref.: 1993</i>)				
1997	-0,09	-0,01	-0,12*	-0,09
2001	-0,15*	-0,24	-0,19**	-0,18**
2005	-0,15*	-0,15	-0,17**	-0,16**
im Erststudium ¹⁾ (<i>Ref.: nein</i>)	-0,67**	-1,09**		-0,72**
im Erststudium ¹⁾ × Examenskohorte 1993	-0,11	1,24**		
im Erststudium ¹⁾ × neue Länder × Examenskohorte 1993				1,19**
im Erststudium ¹⁾ × Rechts-/Wirtschaftswissenschaft	-0,58**	0,41		-0,32
in einer weiteren Bildungsphase ¹⁾ (<i>Ref.: nein</i>)	-0,47**	-0,35**		-0,44**
Fach des abgeschlossenen Erststudiums (<i>Ref.: übrige Fächer</i>)				
Lehramt/Humanmedizin/Sozialwesen (FH)	0,43**	0,32**		0,40**
Rechts-/Wirtschaftswissenschaften	-0,06	-0,29*		-0,11
Universitätsabschluss (<i>Ref.: FH-Abschluss</i>)	-0,05	0,27**		-0,05
Universitätsabschluss × neue Länder				0,34*
Bildungsherkunft (<i>Ref.: Hauptschul-/kein Abschluss</i>)				
mittlere Reife/Hochschulreife	-0,06	0,19		0,08
Hochschulabschluss	0,13*	0,19		0,13**
ln(Alter-13) ¹⁾	5,41**	4,32**	5,42**	5,08**
ln(45-Alter) ¹⁾	2,55**	2,14*	2,31**	2,36**
regionale Herkunft neue Länder (<i>Ref.: alte Länder</i>)			0,73**	0,46**
neue Länder × Examenskohorte 1993			0,41**	0,02
Konstante	-25,03**	-20,41**	-24,42**	-23,57**
Fälle	9.074	2.284	11.398	11.358
Ereignisse	2.979	1.032	4.022	4.011
Log-Likelihood Startmodell	-4649,76	-913,97	-5644,63	-5623,05
Log-Likelihood Endmodell	-2145,66	-312,38	-2699,75	-2472,69

Anmerkungen: 1) zeitveränderlich 2) * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$

Quelle: HIS-HF Absolventenbefragungen 1993-2005

Entgegen der Annahme, dass aufgrund der höheren Karriereressourcen und -orientierungen Frauen höherer sozialer Herkunft die Familiengründung stärker hinauszögern, zeitigt in der Gruppe der hier betrachteten Hochschulabsolventinnen das Qualifikationsniveau der Eltern nur eine geringe und teilweise sogar gegenläufige Wirkung. So gründen westdeutsche Absolventinnen aus Elternhäusern mit einem akademischen Bildungshintergrund etwas, aber signifikant häufiger eine Familie als die übrigen westdeutschen Frauen.

In Übereinstimmung mit allen anderen bekannten Untersuchungen hat das Alter der befragten Hochschulabsolventinnen den erwarteten nicht-monotonen Effekt auf die Familiengründungsrate (der zum zweiten Altersterm geschätzte Parameter ist kleiner als der zum ersten Altersterm ermittelte; der Verlauf der Rate ist daher rechtssteil). Diese Altersabhängigkeit bündelt ein Konglomerat verschiedenster Faktoren für das Timing der Familiengründung: Neben den biologischen Grenzen der Fruchtbarkeit sind dies gesellschaftliche und milieuspezifische Altersnormen, der Stand der beruflichen Entwicklung (dazu unten mehr) und schließlich psychologische Voraussetzungen. Die persönliche Reife stellt eine wichtige Vorbedingung für die Mutterschaft dar. Darauf weisen u. a. Äußerungen von Studierenden hin, die auf eine offen gestellte Frage nach den Problemen eines Studiums mit Kindern begründeten, warum für sie eine Familiengründung während des Studiums nicht in Frage kommt: Sie seien „zu jung, zu unerfahren und noch in der Ausprägung der eigenen Persönlichkeit bzw. auf der Suche nach ihrem Weg befindlich“, sodass sie noch nicht „bereit oder in der Lage wären, Verantwortung für ein Kind zu übernehmen“ (Middendorff 2003: 22). Die steigende Bildungsbeteiligung könnte somit nicht nur deshalb zu einem zunehmenden Aufschub der Familiengründung geführt haben, weil es schwierig bzw. wenig opportun ist, während einer Ausbildung ein Kind zu bekommen, sondern auch, weil sie zu einer Verlängerung der Adoleszenz beigetragen hat.

Die Survivalanalysen haben gezeigt, dass auch bei Akademikerinnen ein Ost-West-Unterschied in der Familiengründung besteht, dass es aber im Zeitverlauf zu einer partiellen Angleichung gekommen ist. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch in den multivariaten Analysen: Hochschulabsolventinnen aus den neuen Ländern bekommen nach wie vor, d. h. auch wenn sie jüngeren Examenskohorten (ab 1997) angehören, früher ihr erstes Kind als westdeutsche Absolventinnen (Tabelle 1, Modell III). Doch hat sich das generative Verhalten ost- und westdeutscher Akademikerinnen angenähert: Die Ost-West-Differenz der Übergangsrate ist, das lässt sich dem positiven Interaktionseffekt „neue Länder × Examenskohorte 1993“ entnehmen, bei älteren Examenskohorten signifikant größer als bei jüngeren Prüfungsjahrgängen. Diese Konvergenz resultiert aber

zum großen Teil aus der stark zurückgehenden Neigung, schon während des Studiums den Schritt in die Mutterschaft zu tun. Das ist das Ergebnis des vierten Schätzmodells, in dem berücksichtigt ist, dass der Institutioneneffekt im Osten je nach Abschlussjahrgang sehr unterschiedlich ausfällt (Interaktion „im Erststudium \times neue Länder \times Examenskohorte 1993“) und in dem dann der Interaktionseffekt „neue Länder \times Examenskohorte 1993“ nicht mehr signifikant ist. Nach Beendigung des Studiums realisieren ostdeutsche Absolventinnen jüngerer Abschlussjahrgänge den Übergang in die Mutterschaft nicht später als solche älterer Kohorten. Der Ost-West-Effekt selbst ist in dem vollen Modell unter Einbezug aller Variablen (Tabelle 1, Modell IV) kleiner, aber nach wie vor auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.

4.2 Familiengründung von Hochschulabsolventinnen und Berufsverlauf

Theoretische Ansätze, die auf eines der Handlungsmodelle rationaler Wahl rekurren und die These von der Elternschaft als Strategie der Unsicherheitsreduktion vertreten, postulieren, dass Frauen mit geringen Karriereressourcen und -chancen wegen der geringeren Opportunitätskosten einer Familiengründung bzw. der ökonomischen Unsicherheit früher ihr erstes Kind bekommen als Frauen mit guten Berufs- und Einkommenschancen. Für diese Hypothese spricht das Ergebnis, dass im Sample der westdeutschen Akademikerinnen nach einem beruflichen Abstieg und bei sehr instabilen Erwerbskarrieren, in denen es nicht gelungen ist, einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten, eine erhöhte Bereitschaft zur Familiengründung besteht (Tabelle 2, Modell I). Auch verzögert sich in Übereinstimmung mit diesen Vorhersagen der Übergang in die Mutterschaft, wenn Frauen eine sehr hohe berufliche Position (Stufe 6 der Karriereleiter) bekleiden. Auf der anderen Seite weisen Frauen, die einen beruflichen Aufstieg erfahren haben, gegenüber Hochschulabsolventinnen mit lateralen Erwerbsverläufen keine niedrigere Übergangsrate auf; Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit sowie ein Berufseinstieg unterhalb des Qualifikationsniveaus forcieren nicht die Familiengründung, und auch bei einer niedrigen beruflichen Stellung erfolgt die Geburt des ersten Kindes nicht früher als wenn höhere Positionen eingenommen werden. Diese Befunde stützen eher die Hypothese, dass *berufliche* und *ökonomische* Perspektivensicherheit für hoch qualifizierte Frauen eine Voraussetzung für die Mutterschaft ist (ähnlich auch Kreyenfeld

(2005), die je nach Bildungsniveau unterschiedliche Einflüsse ökonomischer Unsicherheit auf das Timing der Familiengründung ermittelt hat).

Auch wenn Merkmale des Berufsverlaufs und der beruflichen Situation kontrolliert werden, bleibt ein gewisser Verzögerungseffekt der Abschlusskohorten 2001 und 2005 gegenüber der Kohorte 1997 erhalten. Wenngleich die Kohorte 2009 nicht in die multivariaten Analysen einbezogen wurde, soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Absolventinnen traditioneller Studiengänge dieses Jahrgangs ähnlich häufig Kinder bekommen wie die Absolventinnen der Abschlussjahrgänge 2001 und 2005. Bei den Bachelorabsolventinnen hingegen sind Geburten sowohl vor als auch nach dem ersten Studienabschluss deutlich seltener als bei den Absolventinnen traditioneller Studiengänge. Inwieweit diese Lücke im weiteren Lebensverlauf der 2009er Absolventinnen wieder geschlossen wird, ist eine offene Frage.

Der Einfluss von Phasen der Nichterwerbstätigkeit auf den Zeitpunkt der Erstgeburt ist insgesamt negativ: Erwerbstätige Frauen realisieren den Übergang in die Mutterschaft am frühesten. Unterscheidet man nach Gründen einer Erwerbsunterbrechung, erweist sich im Westen die Bildungsbeteiligung als die bedeutendste Größe. Bei Hochschulabsolventinnen aus den neuen Ländern ist dieser „Institutioneneffekt“ aber deutlich und signifikant schwächer ausgeprägt. Das zeigt der im gemeinsamen Modell geschätzte Interaktionseffekt „weitere Bildungsphase \times neue Länder“ (Tabelle 2, Modell III). Eine Bildungsbeteiligung zögert bei ostdeutschen Absolventinnen eine Familiengründung nicht in dem Maße hinaus wie bei westdeutschen Frauen. Auch in der Übergangsphase zwischen Hochschulabschluss und der Aufnahme der ersten Erwerbstätigkeit bzw. dem Beginn einer weiteren Bildungsphase ist eine Familiengründung wenig wahrscheinlich; kürzere Nichterwerbstätigkeiten aus sonstigen Gründen vermindern die Bereitschaft zu einer Familiengründung nicht wesentlich, längere Erwerbsunterbrechungen aus sonstigen Gründen wirken sich dagegen deutlich negativ aus.

Während berufsbiographische Unsicherheiten, die sich aus befristeten Arbeitsverhältnissen ergeben, für die Realisierung einer Vaterschaft nicht folgenreich sind (Düntgen und Diewald 2008; Schmitt 2008; Tölke 2006), stellt sich das Bild bei hoch qualifizierten Frauen anders dar: Eine Familiengründung wird hier zum einen durch eine sehr unsichere Beschäftigungslage (im gesamten Beobachtungszeitraum keine unbefristete Stelle), zum anderen aber auch durch eine frühzeitige Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses begünstigt.

Tabelle 2: Übergang zur ersten Mutterschaft nach dem Examen im Kohortenvergleich, nach Berufsverlauf (Exponential-Ratenmodelle)

	alte Länder Modell I	neue Länder Modell II	insgesamt Modell III
Examenskohorte (<i>Ref.: 1997</i>)			
2001	-0,11	-0,22	-0,13*
2005	-0,07	-0,12	-0,09
Nichterwerbstätigkeit ¹⁾ (<i>Ref.: erwerbstätig</i>)			
Übergangsphase	-1,25**	-0,97**	-1,18**
Weitere Bildungsphase	-1,64**	-0,88**	-1,63**
Unterbrechung bis zu 3 Monaten	-0,29	-0,04	-0,24
Unterbrechung von mehr als 3 Monaten	-1,03**	-0,93*	-1,00**
weitere Bildungsphase × neue Länder			0,63**
Negativstart (<i>Ref.: nein</i>)	0,02	-0,23	0,04
unbefristeter Arbeitsvertrag (<i>Ref.: nie</i>)			
innerhalb von 12 Monaten nach Examen	-0,28**	-0,41**	-0,31**
nach 2 bis 3 Jahren nach Examen	-0,43**	-0,68**	-0,50**
später	-1,00**	-1,31**	-1,06**
Selbstständige Erwerbstätigkeit (<i>Ref.: nein</i>)	-0,31**	-0,30	-0,30**
Vollzeiterwerbstätigkeit ¹⁾ (<i>Ref.: Teilzeit</i>)	-0,25**	0,06	-0,18**
mittlere berufliche Position ¹⁾ (<i>Ref.: Stufen 1, 2, 6</i>)	0,32**	0,26	0,30**
Karriereverlauf ¹⁾ (<i>Ref.: keine Veränderung</i>)			
Aufstieg	0,15	0,05	0,13
Abstieg	0,33*	-0,26	0,22
Auf-/Abstieg	0,17	0,69*	0,28
Ab-/Aufstieg	-0,12	0,32	0,01
Region der Erwerbstätigkeit ¹⁾ (<i>Ref.: alte Länder</i>)			
neue Länder	0,47**	0,31**	0,33**
Ausland	-0,21	-0,53	-0,29
Fach des abgeschloss. Erststudiums (<i>Ref.: übrige Fächer</i>)			
Lehramt/Humanmedizin/Sozialwesen (FH)	0,41**	0,17	0,35**
Rechts-/Wirtschaftswissenschaften	0,02	-0,26	-0,05
Universitätsabschluss (<i>Ref.: FH-Abschluss</i>)	-0,07	0,23*	-0,00
Bildungsherkunft (<i>Ref.: Hauptschul-/kein Abschluss</i>)			
mittlere Reife/Hochschulreife	0,16*	0,04	0,14*
Hochschulabschluss	0,18*	-0,10	0,15*
ln(Alter-13) ¹⁾	7,08**	1,67**	6,29**
ln(45-Alter) ¹⁾	3,96**	--- 2)	3,56**
keine Erwerbs Erfahrung (<i>Ref.: Erwerbs Erfahrung</i>)	2,25**	2,05**	2,20**
regionale Herkunft neue Länder (<i>Ref.: alte Länder</i>)			0,42**
Konstante	-35,75**	-9,24**	-32,41**
Fälle (Ereignisse)	6.470 (1.744)	1.866 (747)	8.336 (2.491)
Log-Likelihood Startmodell	-4.938,97	-1.217,91	-6.198,29
Log-Likelihood Endmodell	-4.167,67	-1.021,00	-5.204,90

Anmerkungen: 1) zeitveränderlich 2) wegen des kurzen beobachtbaren Altersintervalls nicht sinnvoll zu schätzen 3) * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$. Quelle: HIS-HF Absolventenbefragungen 1997-2005

Je schneller es den Absolventinnen aus den alten wie den neuen Ländern gelingt, einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten, desto höher ist die Übergangsrate in die Mutterschaft. Ebenfalls positiv beeinflusst wird die Familiengründung durch das Erreichen einer mittleren beruflichen Position, während sich eine Selbstständige Erwerbstätigkeit, mit der zumeist hohe zeitliche Belastungen und – zumindest in der ersten Zeit nach der Existenzgründung – biographische Unsicherheiten einhergehen, negativ auswirkt.

Im Einklang mit den Ergebnissen, die Hullen (2003) mit den Daten des „Fertility and Family Survey“ ermittelt hat, ist bei westdeutschen Frauen – möglicherweise wegen der hohen Opportunitätskosten – eine geringe Geburtenneigung zu beobachten, wenn neun Monate zuvor eine Vollzeiterwerbstätigkeit ausgeübt wurde. In den neuen Ländern spielt der Erwerbsumfang der Hochschulabsolventinnen dagegen keine Rolle – wie auch insgesamt der Familiengründungsprozess ostdeutscher Frauen in geringerem Maße von dem Berufs- und Tätigkeitsverlauf abhängt als familiäre Entscheidungen westdeutscher Akademikerinnen. Denn der in dem gemeinsamen Modell (Modell III) geschätzte Ost-West-Effekt ist auch nach Kontrolle aller einbezogenen beruflichen Merkmale signifikant. Die Familiengründung ist bei Frauen aus den neuen Bundesländern nach wie vor selbstverständlicher und weniger voraussetzungsvoll.

Im Hinblick auf die Karriereentwicklung zeigen sich in erster Linie Effekte von Abstiegseignissen: Gegenüber anderen Erwerbsverläufen wird der Übergang in die Mutterschaft von westdeutschen Absolventinnen deutlich schneller realisiert, wenn die Erfahrung eines beruflichen Abstieges ohne anschließenden oder vorhergehenden Aufstieg gemacht wurde. Unter ostdeutschen Absolventinnen wirken sich Verläufe, bei denen einem zuvor verwirklichten Aufstieg wieder ein Abstieg folgt, begünstigend auf den Übergang in die Mutterschaft aus.

Als Letztes zur Region der Erwerbstätigkeit: Unter allen Absolventinnen senkt eine Erwerbstätigkeit im Ausland tendenziell die Übergangsrate; sowohl bei ostdeutschen als auch bei westdeutschen Hochschulabsolventinnen erhöht eine Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern die Neigung zur Familiengründung. Es ist nicht unplausibel, diesen Befund mit den besseren Opportunitätsstrukturen im Osten Deutschlands, sprich: mit dem besseren Angebot an öffentlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung, in Verbindung zu bringen.

Die für Hochschulabsolventinnen ermittelten empirischen Ergebnisse zum Zusammenhang von generativem Verhalten und Berufsverlauf sowie beruflicher Situation lassen sich konsistent weder mit familienökonomischen Überlegungen und der These der Unsicherheitsreduktion durch Familiengründung noch mit dem Argument der Abhängigkeit der Familiengründung von beruflicher und

ökonomischer Perspektivensicherheit in Einklang bringen, sondern legen eine differenzierte Erklärung nahe: In den ersten Jahren nach dem Hochschulabschluss stehen Aspekte der beruflichen Konsolidierung und damit der Schaffung beruflicher und ökonomischer Perspektivensicherheit im Vordergrund. Erwerbsorientierte Frauen, um die es sich bei Akademikerinnen in der Regel handelt, müssten unter den gegebenen Bedingungen langfristige Einbußen ihrer Erwerbschancen hinnehmen, würden sie vor Berufseintritt oder vor Aufnahme eines unbefristeten Beschäftigungsverhältnisses ein Kind bekommen. Um die Anschlussfähigkeit der beruflichen Entwicklung nach einer Familiengründung zu sichern, wird mit der Geburt des ersten Kindes so lange gewartet, bis ein solider Beschäftigungsstatus erreicht ist. Erst wenn eine Konsolidierung und Stabilisierung der Erwerbssituation aussichtslos erscheint, wenn nicht zu erwarten ist, dass ein weiteres Abwarten die erstrebte Beschäftigungssicherheit bringt, wird eine Familiengründung wieder häufiger und schneller realisiert.

5 Zusammenfassende Diskussion

Der Beitrag ging – auf der Folie eines lebenslauftheoretischen Mehrebenenansatzes – mit quantitativen Analysen der Frage nach, in welcher Weise das generative Handeln von Frauen mit der vorhergehenden Bildungs- und Erwerbsgeschichte sowie mit Erwerbsstatus und beruflicher Situation zusammenhängt.

Entsprechend dem allgemeinen Trend zögern auch die Hochschulabsolventinnen der befragten Examensjahrgänge die Geburt ihres ersten Kindes zunehmend hinaus. Auf den ersten Blick besonders auffällig sind die Ergebnisse für die Prüfungskohorte 2009, die auf eine deutlich geringere Neigung hindeuten, im Beobachtungszeitraum den Übergang in die Mutterschaft zu realisieren. Allerdings ist hier das sehr kurze Zeitfenster zu beachten, das für die Analysen zur Verfügung stand, sowie die ungenaue, in Jahren gemessene Prozesszeit, die zu einer Unterschätzung der Familiengründungsrate führen. Es ist zu erwarten, dass sich die Unterschiede verringern, wenn Daten für einen längeren Beobachtungszeitraum zur Verfügung stehen.

Zu beobachten ist auch eine Konvergenz des Familiengründungsprozesses ostdeutscher und westdeutscher Frauen, allerdings bei weiter bestehender Differenz. Doch ist diese Annäherung ausschließlich darauf zurückzuführen, dass Akademikerinnen aus den neuen Ländern, die nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ihr Studium aufgenommen haben, nun deutlich seltener ihr erstes Kind während der Hochschulausbildung bekommen. Während die-

ser Institutioneneffekt bei ostdeutschen Hochschulabsolventinnen, die ihr Studium noch zu Zeiten der DDR begonnen haben, nur eine geringe Rolle spielt, beginnt er in nachfolgenden Studierendengenerationen in ähnlicher Weise zu greifen wie bei westdeutschen Akademikerinnen. Dieses Bedingungs- bzw. Ausschließlichkeitsverhältnis von Bildungsbeteiligung und Familiengründung führt dazu, dass bei hoch qualifizierten Frauen Kinder erst in einem Alter Eingang in den Planungshorizont finden, wenn die biologisch (aber auch unter dem Gesichtspunkt der größeren Zeitdisponibilität) günstigste Phase der Familiengründung schon abgeschlossen ist.

Für den starken Rückgang der Geburtenneigung ostdeutscher Studierender können zum Teil die erhöhten Opportunitätskosten einer Familiengründung während des Studiums verantwortlich gemacht werden. Angesichts der ersatzlosen Streichung von Fördermaßnahmen, die in der DDR speziell auf Studierende mit Kindern zugeschnitten waren, und der unsicherer gewordenen Studienfinanzierung bedeutet nun auch in den neuen Ländern ein Studium mit Kind nicht nur eine riskante, den Studienerfolg gefährdende Doppelbelastung, sondern häufig eine Dreifachbelastung (Studium, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit). Eine Rolle für die Zurückhaltung ostdeutscher Studierender bei der Familiengründung während ihres Studiums dürfte aber auch die gestiegene Perspektivenunsicherheit spielen: Statt von einer garantierten Beschäftigung nach Hochschulabschluss ausgehen zu können, müssen sie nun mit einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko und damit auch mit einer Verschärfung des Ressourcenproblems, mit einer labilen materiellen Grundlage der Familie rechnen.

Trotz der größeren Perspektivenunsicherheit von Akademikerinnen aus den neuen Ländern realisieren diese den Übergang in die Mutterschaft nach wie vor schneller und häufiger als westdeutsche Hochschulabsolventinnen – ein Befund, der sich zum einen mit der Persistenz der ostdeutschen Geschlechterkultur, in der Müttererwerbstätigkeit und institutionelle Kinderbetreuung selbstverständlicher sind, erklären lässt, zum anderen aber auch mit den besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den neuen Ländern, die die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Elternschaft erleichtern.

Qualitative Analysen haben gezeigt, in welchem starkem Maße Überlegungen zur Familiengründung von dieser Vereinbarkeitsfrage geprägt sind, wie das Problem der Kompatibilität von Beruf und Familie bei berufsorientierten Frauen zu ambivalenten Haltungen und schließlich zum Aufschub der Familiengründung führt (Kühn 2004). Der Lösung dieser Vereinbarkeitsfrage stehen nicht nur unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die an Akademikerinnen gestellten hohen Anforderungen an zeitliche Flexibilität und räumliche Mobili-

tät entgegen, die schon den Aufbau einer stabilen Partnerschaft und damit die Schaffung einer wesentlichen Grundlage der Familiengründung erschweren, sondern auch die betrieblichen Bedingungen der beruflichen Karriereentwicklung. Teilzeiterwerbstätigkeit wird negativ attribuiert und mit mangelndem Engagement, mangelnder Verfügbarkeit, fehlender Motivation sowie geringer beruflicher oder Karriereorientierung in Zusammenhang gebracht. So nimmt es nicht Wunder, dass Frauen mit hohen beruflichen Aspirationen bzw. hohen Karriereressourcen eine Familiengründung aufschieben oder sogar ganz auf Kinder verzichten oder dass – andersherum – Frauen in Antizipation der Familiengründung berufliche Karrierebemühungen einschränken. Dieser Zusammenhang zwischen dem Übergang in die Mutterschaft auf der einen Seite und beruflichen Ambitionen, beruflichem Verlauf sowie Karriereressourcen auf der anderen Seite ist ansatzweise auch in den Ergebnissen zum generativen Handeln von Hochschulabsolventinnen zu finden. Allerdings verweisen die für Akademikerinnen ermittelten Befunde zusätzlich auf einen anderen Aspekt, der für das Timing der Familiengründung von größerer Bedeutung ist: die Frage der beruflichen Konsolidierung und Stabilität beruflicher Perspektiven. Der Übergang in die Mutterschaft hängt in starkem Maße davon ab, ob ein solider Beschäftigungsstatus (unbefristetes Arbeitsverhältnis, mittlere berufliche Position, nicht-Selbstständige Beschäftigung) erreicht worden ist und ausreichende Berufserfahrungen gesammelt werden konnten. Erst dann scheint subjektiv wie objektiv die Aussicht zu bestehen, auch nach der Geburt eines Kindes berufliche Ambitionen verfolgen zu können. Auf der anderen Seite wird eine Familiengründung ins Auge gefasst, wenn über einen längeren Zeitraum gemachte negative Erfahrungen im Beschäftigungssystem gezeigt haben, dass die Chancen auf eine tragfähige Erwerbssituation schlecht stehen, dass aufgrund beruflicher Abstiegs Erfahrungen und mehrfacher befristeter Arbeitsverträge eine sichere und anspruchsvolle Berufstätigkeit nicht zu erwarten ist. Sofern hoch qualifizierte Frauen nicht eindeutig eine Priorität auf die Familie legen, führen diese Tendenzen zusammen mit weiteren Qualifikationsphasen dazu, dass sich die Frage der Familiengründung erst einige Jahre nach dem Studienabschluss in den Vordergrund der biographischen Überlegungen schiebt.

Es bleibt abzuwarten, ob die ergriffenen familienpolitischen Maßnahmen auch bei Akademikerinnen den erwünschten Effekt haben und zu einer früheren sowie häufigeren Familiengründung führen. Angesichts der hohen Bedeutung der beruflichen Konsolidierung für das generative Verhalten von Frauen (und Männern) sowie der Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse (Rehn et al. 2011) scheint aber Skepsis angebracht, ob der Trend der zunehmend verzöger-

ten Familiengründung allein durch familienpolitische Maßnahmen gestoppt oder sogar umgekehrt werden kann.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Blossfeld, H.-P./ Rohwer, G. (1995): West Germany. In: Blossfeld, H.-P. (Hg.): The new role of women: Family formation in modern societies. Boulder u. a.: Westview Press: 56-76.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2012): Familienpolitik und Fertilität: demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung. Ausgabe 27. Berlin: BMFSFJ.
- Born, C. (2001): Modernisierungsgap und Wandel. Angleichung geschlechtsspezifischer Lebensführungen? In: Born, C./ Krüger, H. (Hg.): Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim, München: Juventa: 29-53.
- Brose, N. (2008): Entscheidung unter Unsicherheit – Familiengründung und -erweiterung im Erwerbsverlauf. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 60: 34-56.
- Brüderl, J./ Klein, T. (1991): Bildung und Familiengründung: Institutionen- versus Niveaueffekt. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17: 323-335.
- Buhr, P./ Huinink, J./ Boehnke, M./ Maul, K. (2011): Kinder oder keine? Institutionelle Rahmenbedingungen und biographische Voraussetzungen für die Familiengründung und -erweiterung in Ost- und Westdeutschland. In: Brüderl, J./ Castiglioni, L./ Schumann, N. (Hg.): Partnerschaft, Fertilität und intergenerationale Beziehungen. Ergebnisse der ersten Welle des Beziehungs- und Familienpanels. Würzburg: Ergon: 175-201.
- Bujard, M. (2011): Familienpolitik und Geburtenrate. Ein internationaler Vergleich. Berlin: BMFSFJ.
- Bujard, M. (2012): Makroanalysen: Potenziale, Grenzen und methodische Optionen am Beispiel des Nexus Familienpolitik und Fertilität. In: Bertram, H./ Bujard, M. (Hg.): Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik. Baden-Baden: Nomos: 337-363.
- Burkart, G. (1994): Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien. Stuttgart: Enke.
- Burkart, G. (2002): Entscheidung zur Elternschaft revisited. Was leistet der Entscheidungsbegriff für die Erklärung biographischer Übergänge? In: Schneider, N.F./ Matthias-Bleck, H. (Hg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. 2. Sonderheft zur Zeitschrift für Familienforschung. Opladen: Leske + Budrich: 23-48.
- BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) (Hg.) (2005): Kinderwunsch und Familiengründung bei Frauen und Männern mit Hochschulabschluss. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Köln: BZgA.
- Dorbritz, J. (2011): Dimensionen der Kinderlosigkeit in Deutschland. Bevölkerungsforschung Aktuell 32: 2-6.
- Dornseiff, J.-M./ Sackmann, R. (2003): Familien-, Erwerbs- und Fertilitätsdynamiken in Ost- und Westdeutschland. In: Bien, W./ Marbach, J.H. (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen: Leske + Budrich: 309-348.
- Düntgen, A./ Diewald, M. (2008): Auswirkungen der Flexibilisierung von Beschäftigung auf eine erste Elternschaft. In: Syzlik, M. (Hg.): Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 213-231.

- Duschek, K.-J./ Wirth, H. (2005): Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensen 1987 bis 2004. *Wirtschaft und Statistik* Heft 8: 800-820.
- Eckhard, J./ Klein, T. (2006): Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eckhard, J./ Klein, T. (2012): Rahmenbedingungen, Motive und die Realisierung von Kinderwünschen. Erkenntnisse aus dem westdeutschen Familiensurvey. In: Bertram, H./ Bujard, M. (Hg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*. Baden-Baden: Nomos: 231-251.
- Friedman, D./ Hechter, M./ Kanazawa, S. (1994): A theory of the value of children. *Demography* 31: 375-401.
- Gebel, M./ Giesecke, J. (2009): Ökonomische Unsicherheit und Fertilität. Die Wirkung von Beschäftigungsunsicherheit und Arbeitslosigkeit auf die Familiengründung in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 38: 399-417.
- Goldstein, J./ Kreyenfeld, M./ Huinink, J./ Konietzka, D./ Trappe, H. (2010): Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse im Rahmen des Projektes „Demographic Differences in Life Course Dynamics in Eastern and Western Germany“. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung.
- Grotheer, M. (2010): Studienqualität, berufliche Einstiege und Berufserfolg von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen – eine Analyse der Arbeitsmarktchancen der Absolventenkohorten von 1997, 2001 und 2005. In: HIS Hochschul-Informations-System (Hg.): *Perspektive Studienqualität. Themen und Forschungsergebnisse der HIS-Fachtagung „Studienqualität“*. Bielefeld: W. Bertelsmann: 244-262.
- Hank, K. (2003): Eine Mehrebenenanalyse regionaler Einflüsse auf die Familiengründung westdeutscher Frauen in den Jahren 1984 bis 1999. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55: 79-98.
- Heine, C./ Spangenberg, H./ Schreiber, J./ Sommer, D. (2005): Studienanfänger in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05. HIS-Hochschulplanung Band 180. Hannover: HIS.
- Hemsing, W. (2001): Berufserfolg im Lebenslauf. Der Einfluss von Humankapitalinvestitionen, privaten Bindungen und Arbeitsmarktstrukturen auf den Berufserfolg ehemaliger Gymnasiasten. Dissertation. Köln: Universität Köln.
- Herlyn, I./ Krüger, D./ Heinzlmann, C. (2002): Späte erste Mutterschaft – erste empirische Befunde. In: Schneider, N.F./ Matthias-Bleck, H. (Hg.): *Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben*. 2. Sonderheft zur Zeitschrift für Familienforschung. Opladen: Leske + Budrich: 121-162.
- Heublein, U./ Hutzsch, C./ Schreiber, J./ Sommer, D./ Besuch, G. (2010): Ursachen des Studienabbruchs in Bachelor- und in herkömmlichen Studiengängen. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Exmatrikulierten des Studienjahres 2007/08. HIS: Forum Hochschule F02/2010. Hannover: HIS.
- Huinink, J. (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Huinink, J. (2000): Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 3: 209-227.
- Hullen, G. (2003): The capital of couples and the effects of human capital on family formation. *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft* 110. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- IfD-Allensbach (Institut für Demoskopie) (2011): *Monitor Familienleben 2011. Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie. Berichtsband*. Allensbach: IfD.

- Klein, T./ Lauterbach, W. (1994): Bildungseinflüsse auf Heirat, die Geburt des ersten Kindes und die Erwerbsunterbrechung von Frauen. Eine empirische Analyse familienökonomischer Erklärungsmuster. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46: 278-298.
- Kreyenfeld, M. (2005): Economic uncertainty and fertility postponement. Evidence from German panel data. MPIDR Working Paper 34. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung.
- Kreyenfeld, M. (2008): Ökonomische Unsicherheit und der Aufschub der Familiengründung. In: Szydlik, M. (Hg.): *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 232-254.
- Kühn, T. (2004): *Berufsbiografie und Familiengründung. Biografiegestaltung junger Erwachsener nach Abschluss der Berufsausbildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leszczensky, M./ Filaretow, B. (1990): *Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick*. Hannover: HIS.
- Levy, R. (1996): Zur Institutionalisierung von Lebensläufen. Ein theoretischer Bezugsrahmen. In: Behrens, J./ Voges, W. (Hg.): *Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus: 73-113.
- Maul, K. (2012): *Der Einfluss der beruflichen Tätigkeit auf die Familiengründung*. Würzburg: Ergon.
- Mayer, K.U. (1987): Lebenslaufforschung. In: Voges, W. (Hg.): *Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung*. Opladen: Leske + Budrich: 51-73.
- Middendorff, E. (2003): *Kinder eingeplant? Lebensentwürfe Studierender und ihre Einstellung zum Studium mit Kind*. HIS-Kurzinformation A 4. Hannover: HIS.
- Middendorff, E. (2008): *Studieren mit Kind. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationen-System*. Bonn, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Oechsle, M. (1998): Ungelöste Widersprüche: Leitbilder für die Lebensführung junger Frauen. In: Oechsle, M./ Geissler, B. (Hg.): *Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis*. Opladen: Leske + Budrich: 185-200.
- Passet, J. (2011): Kinderlosigkeit im Lebensverlauf: Wie wichtig ist das Lebensziel, Kinder zu bekommen, im Vergleich mit anderen Lebenszielen? *Bevölkerungsforschung Aktuell* 32: 7-11.
- Pfau-Effinger, B. (1998): Arbeitsmarkt- und Familiendynamik in Europa – Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. In: Geissler, B./ Maier, F./ Pfau-Effinger, B. (Hg.): *FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theorieentwicklung*. Berlin: Edition sigma: 177-194.
- Pötzsch, O. (2010): Kohortenfertilität: Ein Vergleich der Ergebnisse der amtlichen Geburtenstatistik und der Mikrozensuserhebung 2008. *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35: 165-183.
- Rehn, T./ Brandt, G./ Fabian, G./ Briedis, K. (2011): Hochschulabschlüsse im Umbruch. Studium und Übergang von Absolventinnen und Absolventen reformierter und traditioneller Studiengänge des Jahrgangs 2009. HIS: *Forum Hochschule* 17/2011. Hannover: HIS.
- Schaeper, H./ Kühn, T. (2000): Zur Rationalität familialer Entscheidungsprozesse am Beispiel des Zusammenhangs zwischen Berufsbiographie und Familiengründung. In: Heinz, W.R. (Hg.): *Übergänge. Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*. 2. Beiheft zur Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. Weinheim: Juventa: 124-145.
- Schaeper, H./ Minks, K.H. (1997): Studiendauer – eine empirische Analyse ihrer Determinanten und Auswirkungen auf den Berufseintritt. HIS-Kurzinformation A 1/1997. Hannover: HIS.
- Schmitt, C. (2008): Labour market integration and the transition to parenthood. A comparison of Germany and the UK. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 119. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

- Schmitt, C./ Winkelmann, U. (2005): Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. *Feministische Studien* 23: 9-23.
- Schröder, J./ Brüderl, J. (2008): Der Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Fertilität: Kausalität oder Selbstselektion? *Zeitschrift für Soziologie* 27: 117-136.
- Schütz, A. (1971): Das Wählen zwischen Handlungsentwürfen. In: Schütz, A. (Hg.): *Gesammelte Aufsätze*, Band. 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff: 77-110.
- Spellerberg, A. (2005): Familienorientierung und Arbeitsmarktbindung. Stabilität und Wandel von Geschlechterrollen zu Beginn des neuen Jahrhunderts. In: Spellerberg, A. (Hg.): *Die Hälfte des Hörsaals. Frauen in Hochschule, Wissenschaft und Technik*. Berlin: Edition sigma: 21-47.
- Spieß, C. K. (2012): Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können. In: Bertram, H./ Bujard, M. (Hg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*. Baden-Baden: Nomos: 321-335.
- Tölke, A. (2006): Die Bedeutung von Herkunftsfamilie, Berufsbiografie und Partnerschaften für den Übergang zur Ehe und Vaterschaft. In: Tölke, A./ Hank, K. (Hg.): *Männer – das ‚vernachlässigte‘ Geschlecht in der Familienforschung*. 4. Sonderheft zur *Zeitschrift für Familienforschung*: 98-126.
- Trappe, H. (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin: Akademie Verlag.
- Willich, J. (2003): Mechanismen sozialer Selektivität bei der beruflichen Chancenverteilung von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen. Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Berufserfolg. Magisterarbeit. Braunschweig: Fachbereich für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Technischen Universität.

Ein Leben ohne Kinder

Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit

Konietzka, D.; Kreyenfeld, M. (Hrsg.)

2014, XI, 397 S. 40 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18355-8